

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

83 (7.4.1922)

# Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Preis: Durch unsere Träger zugestellt 20 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 20 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Kreisverteilern Abgabe 18 M monatlich. — Einzelhefte 1 M.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Kurlenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 491.

Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 2.40 M, auswärts 2.80 M. Die Reklamezeile 7.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Die Antwort an General Nollet

Berlin, 6. April. Die deutsche Antwortnote auf die Schulpolizeiforderungen der Entente ist gestern abend überreicht worden. Amlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Auswärtigen hat am 5. April General Nollet folgendes Schreiben in der Polizeifrage überreicht:

Herr General! Auf die Note vom 23. März 1922 beziehe ich mich, folgendes zu erwidern: Schon vor Eingang dieser Note hat die deutsche Regierung sich veranlaßt gesehen, die Frage der Ordnungspolizei den Regierungen der alliierten Hauptmächde zu unterbreiten und an sie die in Abschrift beigelegte Note zu schicken. In dieser Note werden die alliierten Mächde ersucht, die in dem Schreiben der deutschen Regierung vom 15. März 1922 dargelegten Gesichtspunkte auch ihrerseits einer nach-möglichen Prüfung zu unterziehen und dabei die schwereren inneren Verhältnisse zu berücksichtigen, die für Deutschland aus seiner Schwächung der Schulpolizei in ihrem jetzigen Zustande entstehen müssen. Eine Stellungnahme der alliierten Regierungen ist bisher nicht erfolgt.

Inzwischen hat die Kommission das Schreiben vom 15. März mit der Note vom 23. März beantwortet, in der sie, ohne auf die von der deutschen Regierung vorgelegten Darlegungen irgendeine eingehen, vor allem weiteren die Anerkennung des Grundsatzes der Rückkehr zur Organisation der Polizei von 1913 verlangt. Die deutsche Regierung wird auch diese Maßnahmen ungenügend zur Kenntnis der alliierten Regierungen bringen. Sie hofft noch wie vor, daß diese sich bereitfinden werden, die Verantwortung in der Frage der Ordnungspolizei auf der Grundlage der im Schreiben vom 15. März gemachten Vorschläge zu suchen. Im Einverständnis mit den Regierungen der alliierten Länder bin ich jedoch schon jetzt in der Lage, Ihnen, Herr General, in Beantwortung Ihrer Note mitzutellen, daß die deutsche Regierung von dem in der Note vom 23. März enthaltenen Erklärungen der Kommission Kenntnis nimmt, wonach auch diese für die Länder die Möglichkeit mahnen will, im Rahmen der übernommenen Verpflichtungen die Organisation der Polizei den seit 1918 eingetretenen veränderten Verhältnissen anzupassen. Die deutsche Regierung geht davon aus, daß das nach die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und damit auch des Wirtschaftslebens in Deutschland anwendbaren polizeilichen Grundlagen garantiert werden. Sie nimmt an, daß die Kontrollkommission unter der in der Note zum erstenmal gebrauchten Formel „Rückkehr zur Organisation von 1913“ die Erfüllung der im Friedensvertrag, in der Note von Venedig und in den Pariser Beschlüssen festgesetzten Verpflichtungen Deutschlands versteht. Dies vorausgesetzt, erkennt die deutsche Regierung für sämtliche deutschen Länder den Zustand von 1913 als Grundlage für die Organisation der Polizei an.

Genehmigen Sie ihm.

In der Note vom 25. März, auf die sich das vorstehende Schreiben bezieht und die in Abschrift beigelegt ist, hatte die deutsche Regierung den alliierten Hauptmächten dargelegt:

### Genua

#### Veratungen des Reichskabinetts

Berlin, 6. April. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge beschloß das Kabinet heute vormittag die Reichsregierung in einer Besprechungsmitteilung mit der Konferenz von Genua und der Antwort an die Reparationskommission.

Wie die „Deutsche Wogen.“ mitteilt, hat das Reichskabinet gestern den Wortlaut der Note auf die Note der Reparationskommission fertiggestellt. Wie mehrere Blätter melden, hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses den Seiten auf heute vormittag einzuberufen, um ihm Gelegenheit zu geben, zu der Antwortnote Stellung zu nehmen. Infolge der verzögerten Fertigstellung der Note hat Reichsminister Dr. Wirth, der gestern abend die Reise nach Genua antreten wollte, die Fahrt in letzter Stunde verschieben. Er wird heute in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses bei Beratung der Antwortnote noch dabei zugegen sein.

#### Vorkonferenz der Neutralen

Bern, 6. April. Die Vorkonferenz der neutralen Sachverständigen von Genua zum Zweck einer Vorbesprechung für die Konferenz von Genua vom schweizerischen Bundesrat einberufenen Staaten, nämlich: Dänemark, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und Spanien sind Vertreter erschienen.

#### Aus der französischen Kammer

##### Sie sehen Gelpenster

Paris, 6. April. Die Kammer setzte heute nachmittag die Debatte über die Militärreform fort. Es handelt sich um den Entwurf über die Restrukturierung. Kriegsminister Maginot erklärte, die Regierung habe nachgewiesen, daß sie sich den von den einjährigen Dienstzeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht anschließen könne. Der Abg. de Cassagnac erklärte, er habe den Wunsch, die Militärlasten Frankreichs so viel wie möglich zu verringern. Die revolutionäre Bewegung in Deutschland könne nicht verglichen werden mit jener der russischen Republik. In dieser weisen Republik gebe es keine wirkliche Demokratie. Deutschland habe eine neue Mobilisierung als möglich werden. Der Abg. de Fournet de Lannay, der de Cassagnac auf seiner Reise durch Deutschland begleitet hatte, bestätigte dessen Erklärungen und verteilte eine Anzahl Doku-

mente, die er aus Deutschland mitgebracht hat. Diese Dokumente sollen beweisen, daß Deutschland militärische Vorbereitungen treffe und seine Bewaffnung mit Geschwindigkeit fortschreibe, trotz der Beobachtung der Kontrollkommission. Ministerpräsident Poincaré unterbrach: „Ich habe tatsächlich erfahren, daß der Abgeordnete in Berlin sehr wichtige Auskünfte über die deutschen Rüstungen erhalten hat. Ich habe jedoch guten Grund anzunehmen, daß er keine offiziellen Dokumente in Händen hat. Wie dem aber auch sei, ich habe gesagt und werde es zu jeder Stunde wiederholen, daß alle Antirevolutionen der Kommission Nollet auf den Widerstand Deutschlands stoßen.“ Le Trochu führte weiter aus, daß die Schulpolizei an Wandern teilnehmen soll, die von Reichswehroffizieren befehligt würden. (1) — Schließlich stimmte die Kammer mit 312 gegen 247 Stimmen dagegen, daß der Antrag von der Kammer weiter in Betracht gezogen werde.

**Ablieferung des Dampfers Bismarck an England**  
Der „Berl. Ref.-Anz.“ meldet aus Hamburg: Die englische Mannschaft für den in englischen Besitz übergehenden Luxusdampfer „Bismarck“ ist gestern in Cuxhaven angekommen und wird am Samstag das Schiff nach Southampton führen, wo es der White-Star-Line übergeben wird. Am 10. Mai wird das Schiff seine erste Reise nach Newyork antreten.

**Monarchistischer Klamauk in Wien**  
Gestern nachmittag fand im Stefansdom eine von Kardinal Bissel geleitete Trauermesse für Kaiser Karl statt, der Bundeskanzler Schöner, einige Minister, Präsident Weiskirchner und die aristokratischsten Vereinigungen bewohnten. Nach dem Requiem veranstaltete eine kleine monarchistische Gruppe vor dem Stefansdom eine Kundgebung für den verstorbenen Kaiser und das Haus Habsburg durch Redner und Singsong des Habsburgliedes, das von einem Teil des sich ansammelnden Publikums mit entbehrlichem Hauch angehört wurde. Die Monarchisten zogen dann, begleitet von einer Volksmenge vor das Parlament, wo sie die Kundgebungen wiederholten und dadurch mehrfach sozialistische Gegenmaßnahmen hervorriefen. Da die Lage vorübergehend bedrohlich schien, griff die Polizei ein und gestreute die Demonstranten. Inzwischen hatte sich eine Abordnung der Monarchisten zum Präsidenten des Nationalrats gegeben, um die Öffnung der Pforten auf halbmal und eine legitime offizielle Erklärung für Kaiser Karl im Parlament zu verlangen. Weiskirchner antwortete, er könne dieser Anforderung nicht entsprechen, da sich die Mehrheit des Nationalrats gegen jede Trauerkundgebung ausgesprochen habe.

## Unmögliche Einigung

Die Konferenz der drei Exekutiven in Berlin hat zu einer Einigung nicht geführt. Man kann eher von ihr sagen, daß durch sie die vorhandenen Gegensätze den Massen nur noch stärker ins Bewußtsein gehämmert worden sind. Jetzt werden natürlich die Kommunisten in ihre Rüsttrompeten stoßen und das übliche Schimpfkoncert gegen die Zweite Internationale veranstalten. Es hätte gar keinen Zweck, mit der gleichen Instrumentation zu antworten. Lieber sei hier in aller Ruhe unterfucht, warum eine Einigung nicht möglich gewesen ist.

Die Konferenz der drei Exekutiven war von der Wiener Arbeitsgemeinschaft einberufen und ihre Aufgabe war es, zu entscheiden, ob in naher Zeit ein allgemeiner Kongreß der sozialistischen und kommunistischen Parteien stattfinden sollte oder nicht. Die Einberufung eines solchen Kongresses, der viel Kräfteaufwand und Kosten verursacht, hätte aber nur dann einen Sinn gehabt, wenn Aussicht bestanden hätte, auf ihm zu greifbaren praktischen Ergebnissen zu kommen. Die Berliner Konferenz hat aber nicht einmal gezeigt, mit welchen Gegenständen sich ein solcher allgemeiner Kongreß beschäftigen könnte, geschweige denn, wie eine Einigung über diese Gegenstände auf ihm zu erzielen wäre.

Die Zweite Internationale steht befanntlich in enger Verbindung mit der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens ist ihr unmittelbar angeschlossen, die Sozialrevolutionäre Partei Rußlands steht ihr nahe. Die russischen Sozialdemokraten (Wenschewiki) gehören zwar der Wiener Arbeitsgemeinschaft an, nehmen jedoch aus selbstverständlichem Recht der Solidarität die Hilfe der Zweiten Internationale ständig für sich in Anspruch. Nun werden die Gewerkschaften von Moskau aus mit Betrümmung bedroht. Georgiens Selbstbestimmungsrecht ist vom bolschewistischen Imperialismus verweigert, Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind in Rußland vogelfrei. Die Zweite Internationale ist dazu berufen, alle diejenigen zu verteidigen, die von Moskau aus bedroht und bedrückt werden, außerdem ist ja die Verteidigung der Gewerkschaften gegen die bolschewistische Bellen-taktik ihre eigenste Angelegenheit, denn mit der gewerkschaftlichen bräche auch die politische Arbeiterbewegung zusammen.

Daher kommt es, daß Vertreter der Zweiten Internationale mit den Menschewiki nicht verhandeln können, ohne zu allererst diese brennenden Fragen zu erledigen. Hätte die Zweite Internationale, wie man ihr unterstellt, von vornherein die Absicht gehabt, jede Einigung mit der Dritten Internationale zu vereiteln, so hätte sie die Diskussion nur auf die allgemeinen Prinzipienfragen der Demokratie und der Diktatur zu lenken brauchen. Sie hat das nicht getan. Es war nicht ihre Absicht, die etwaige Möglichkeit über Einzelfragen in praktischer Uebereinstimmung zu gelangen, in breiten theoretischen Debatten untergehen zu lassen. Aber solange die dritte Internationale ihre Betrümmungsarbeit an den Gewerkschaften Europas fortsetzt, solange Georgien unter der eisernen Faust des roten Militarismus gehalten wird, solange Sozialisten nicht bolschewistischer Richtung in Rußland den grausamsten Verfolgungen unterliegen, kann sie nicht mit der Dritten Internationale so verhandeln, als ob diese Tatsachen überhaupt nicht beständen.

Man wird die Frage aufwerfen, was wohl das Ergebnis gewesen wäre, wenn die Zweite Internationale auf ihre Bedingungen für weitere Verhandlungen glatt verzichtet hätte. Wer die Kommunisten kennt, weiß, daß auch dann kein anderes Ergebnis zu erwarten war, als Null-Komma-Null. Man hat in großen Tönen von der „Einheitsfront des Proletariats“ gegen die „Offensive des Kapitalismus“ gesprochen, aber man ist nicht dazu gekommen, zu erörtern, was unter diesem wohlklingenden Schlagwort zu verstehen ist. Einheitsfront: ohne gemeinsame Strategie und Taktik ist ein Widerspruch in sich. Wie wollte man aber zu einer solchen gemeinsamen Strategie und Taktik kommen können? Die Ansichten auf beiden Seiten über die gegebenen Kampfbedingungen und die Möglichkeiten des Erfolges sind grundtöchtig von einander verschieden. Die Zweite Internationale hat den Mut gehabt, auszusprechen, daß die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen ein langwieriger Prozeß ist, der durch überhöhtes Handeln und gewalttames Vorgehen nicht gefördert werden kann, daß es darum vor allem gilt, die erregenden Positionen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu festigen und die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft vorhandenen Elemente sozialistischer Gemeinwirtschaft organisch auszubauen. Die Parteien der Dritten Internationale gingen ursprünglich von dem Irrglauben aus, daß die kapitalistische Gesellschaft wie eine Festung im Sturm zu erobern sei und daß man auf ihren Trümmern nur die rote Fahne aufzustecken brauche, um den So-



Ernen, die sich in letzter Zeit hier abspielten, nicht für notwendig. Zur Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose und des Verbrechertums ist die Errichtung von Spielplätzen das wirksamste Mittel. Mit Gesetzen allein ist es nicht getan.

Reichsminister des Innern Dr. Brüderer ist in Verantwortung der Interpellation Rammann a. aus: Wenn wir vor die Frage gestellt werden, ob wir der moralischen Erziehung mit neuen Gesetzesbestimmungen begehnen sollen...

stetiums eine großzügige Aenderung der sozialen Gesetzgebung und kritisierte die Vergabe von 8 Millionen Mark an den Mittelteil der Landesversicherungsanstalten für Zwecke des Wohnungsbaues.

Im Reichstagsausschuss für Bildungswesen wurde am Mittwoch die Beratung über den entscheidenden Paragraphen 1 des Reichsschulgesetzes fortgesetzt. Nach längerer Debatte wurden die Anträge der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt und die in gleichlautender Fassung vorliegenden Anträge der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums angenommen.

Badische Politik

Der Verkehr mit Brennholz

Das Ministerium des Innern sah sich genötigt, durch eine neue Verordnung Maßnahmen zu treffen, die einen weitergehenden Einfluss auf den Absatz des Brennholzes zu ermöglichen. Durch die neue Verordnung wird vor allem unter grundsätzlicher Beibehaltung des Verteilungsverbotes der Genehmigungsprozess für Brennholzerkäufe eingeführt.

Das Volksschulwesen in Baden

Am Mittwoch besahe sich der Hausparlamentarier des Landtags den ganzen Tag mit der Besprechung des Volksschulwesens. Beweis dafür, wie wichtig es ist und welche Forderungen bei seiner Neu- und Umgestaltung erhoben werden.

Bezüglich der sogenannten Bekennerschule wies er darauf hin, daß wir in Baden die Simultanmethode haben und deshalb bei uns nicht geändert werden dürfte. Für die Bemessung des Schulaufwandes der Städte sei die Feststellung notwendig, daß man es nicht bei der Schülerzahl von 70 belassen könne.

Das neue Lehrbuch

Gefordert wurde es hauptsächlich von der Sozialdemokratie, den Unabhängigen und einem demokratischen Vertreter. Es solle eingestellt sein auf die Grundzüge der Republik, republikanische Staatsbürgererziehung solle mit dem Lehrbuch in die Herzen der Kinder eingepflanzt werden.

Die ungeteilte Unterrichtszeit

einzufragen, wie von der Regierung grundsätzlich abgesehen. Nur für Mannheim sei wegen der zentral gelegenen Schulhäuser und wegen der dadurch bedingten weiteren Schulwege auch für das laufende Schuljahr die Genehmigung für die ungeteilte Unterrichtszeit erteilt worden.

Die Deutsche Bauernschaft

Es wurden außerdem noch besprochen die Deutsche Bauernschaft, deren Wahl im Januar nach Annahme eines Zentrumsentwurfes nach der Verhältniswahl erfolgen solle, die Wahlrechtsfrage, die Eingabe der Arbeitergesellschaft um Förderung der Gedanken der Arbeitervereine in der Schule.

Berlin, 6. April. In der heutigen Sitzung wurde eine Reihe von Gesetzesvorlagen angenommen, darunter solche, die die Einkünfte, die Zulassung der Frauen zum Schießen und Gewissensfreiheit, die Abschaffung der Schamhaftigkeit und sonstige wirtschaftliche Fragen betreffen.

lischen Verwirklichung seines Ideals erstreckt. Es lohnt sich, in aller Kürze einmal einen Blick zu werfen auf die Lehre Fouriers.

zu bauen sind, wobei er allerdings gewisse Entwicklungsnotwendigkeiten sehr scharf vorhergesehen hat, wie beim bei all dem Unvollkommenen in den Ideen Fouriers immer doch ein ganz geistiger Kern ist, der zum Teil heute schon Wirklichkeit ist.

Charles Fourier

Zu seinem 150. Geburtstag am 7. April 1922. Von H. G. Hebler. Es ziemt sich an heutigen Tage der Persönlichkeit zu gedenken, die unter den sozialistischen Denkern eine wichtige Stelle einnimmt und dessen Werk auch heute, und vielleicht gerade heute wieder von nachdenklichen Lesern gelesen wird.

Ich habe schon oben darauf hingewiesen, daß sich die kritische Stellung Fouriers zunächst dem Handel anwandte, in dem er die schmutzige Seite der Zivilisation sah, und zwar vor allem auch deshalb, weil für ihn der ganze kapitalistische Handel unmoralisch erschien.

Die ganze Lehre Fouriers ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man einmal ihre rein deskriptiven, geschichtsphilosophischen Grundlagen genauer betrachtet. Für ihn ist die Geschichte eine ganz bestimmte Entwicklungserscheinung, die er in vier große Epochen einteilt; die Gegenwart ist ihm die Epoche der Zivilisation, die abgibt wird durch das Zeitalter des „Gentilismus“ oder „Sozialismus“.

gegenüber. Zwar sieht er sehr scharf, daß gerade durch diese neue Wirtschaftsform eine neue Epoche entstehen wird, indem er die unvollkommenen Züge im Wesen des Kapitalismus herausstellt. Die ganze Lehre Fouriers ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man einmal ihre rein deskriptiven, geschichtsphilosophischen Grundlagen genauer betrachtet.

Die produktivgenossenschaftlichen Ideen Fouriers sind aber nicht nur Theorie geblieben, sondern haben auch Verwirklichung gefunden in einem gewaltigen Unternehmern eines seiner Schüler, des Baron Godein, der sich dem Arbeiter durch eine Erfindung herausarbeiten konnte und nun daran ging, die Phantasie Fouriers zu verwirklichen.

neue Wirtschaftswelt, in der er die Fragen der so-

heute seiner in Dankbarkeit und Verehrung.

Die Lehrerbildung der Zukunft

Am Dienstag früh fand im Haushaltsausschuß gleich bei Beginn der Sitzung diese Angelegenheit des längeren zur Erörterung. Die Regierung gab eine ausführliche Darlegung der Pläne, welche eine Höherbildung der Lehrer zum Ziele haben. Diese müssen eine klassische höhere Schule und daran anschließend eine Hochschule oder eine sonstige wissenschaftliche Lehranstalt besuchen. Das Reich hat hierüber feste Grundzüge noch nicht aufgestellt; Baden wird sich den Grundlinien dieser Reform anschließen, ohne jedoch heute schon eine abschließende Stellung einzunehmen. Die Schwierigkeit der Durchführung der Höheren Vorbildung der Volksschullehrer liegt auf dem finanziellen Gebiete. Das Reich will die Kosten nicht übernehmen, die Länder sind dazu nicht in der Lage und so werden noch eingehende Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Ministerien nötig sein, um zu bestimmten gesetzgeberischen Vorschlägen zu kommen.

Das badische Finanzministerium erklärt, es habe gegen die neue Reform nichts einzuwenden, es dürften aber keine Regierungsanforderungen gegenüber den für die Lehrerbildung zur Zeit zu machenden Aufwendungen erhoben werden. — Auf diesen Standpunkt stellen sich auch noch andere Länder des deutschen Reiches. Die Ausgaben werden tatsächlich höher; man veranschlagt sie für das Reich auf insgesamt 2-3 Milliarden Mark. Es ist klar, daß die allgemeine Höherbildung der Lehrer diese auch in höhere Gehaltsgruppen eingereiht werden müssen. Es räumen in Betracht die Gruppen 9-12. Dadurch würden mehr Kosten entstehen. So ist die Frage letzten Endes auch eine Finanzangelegenheit, und nicht die unwichtige. Das Reich soll zwar sagen, Erziehungsangelegenheiten gehören, aber dann sind die Ausführenden für einen fünfjährigen Lehrer noch sehr hoch. Die badische Unterrichtsverwaltung hat bereits an Ostern 1921 mit dem Abbau der bestehenden Lehrereminare begonnen, im nächsten Jahre werden keine Jünglinge mehr aufgenommen, an Ostern dieses Jahres schreitet der Abbau um 1 Jahr weiter fort und an Ostern 1923 sind die drei unteren Kurse abgebaut. Ferner sollen im nächsten Jahre für die abgehenden Jünglinge pädagogisch-methodische Kurse auf den drei Landeshochschulen eingerichtet werden, damit eine Ueberleitung in die neuen Verhältnisse möglich ist. — Wie lange das Hochschulstudium für die Lehrer dauern soll, ist noch nicht entschieden.

Der Haushaltsausschuß beschloß, um dieses ausgebehnte Problem hinsichtlich seiner pädagogischen, kulturellen und finanziellen Auswirkung genau übersehen und darnach seine Beschlüsse fassen zu können, die Regierung um baldige Vorlegung einer Denkschrift zu ersuchen. Dies wurde zugesagt. Bevor der Staatsvoranschlag des Unterrichtsministeriums im Plenum beraten wird, wird der Haushaltsausschuß seine Stellung zur Höherbildung der Lehrer des näheren präzisieren.

Die Schlussberatung über das Volksschulwesen

erfolgte am Donnerstag vormittag im Haushaltsausschuß des Landtages. Es wurden eine Anzahl Eingaben der Regierung zur Kenntnis übergeben; angenommen wurden ferner: der Antrag auf allmähliche Umwandlung der außerplanmäßigen Lehrstellen in planmäßige, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, — ein weiterer Antrag, die Höhe der Bezahlung der geleisteten Ueberstunden ist den geleisteten Gehältern anzupassen, ein dritter Antrag, für die Förderung des Studiums tüchtiger und bedürftiger Schüler sind anstatt 30 000 M. künftig 100 000 M. einzulegen, ein vierter Antrag, für die Fortbildung der Lehrer an Volksschulen sollen 25 000 M. mehr wie bisher eingestellt werden, und ein fünfter Antrag, der Betrag zur Beschaffung von Jugendliteratur für Volksschulbibliotheken bedürftiger Gemeinden ist von 5000 M. auf 20 000 M. zu erhöhen. Einige Anträge kamen von sozialistischer Seite, die anderen waren von bürgerlicher Seite gestellt. Von dieser wurde auch noch die Anregung gegeben, den Turnunterricht bereits im 1. Schuljahr zu beginnen. — Der Berichterstatter, Abg. Straßel, trat auch noch für die Taubstummenlehrer an den Säuglings- und Kleinkindern der Mannheimer Volksschule ein, die höher gestellt werden sollten, wenn sie ihre Prüfung gemacht hätten. Im Nachtrag wäre dieser Forderung Rechnung zu tragen.

Angeregt wurde noch von einem Zentrumsvertreter, die Kosten für die Lehrer der Erziehungs- und Pflegeanstalten für Heisteschwache, der Epileptischen, der Krüppelheimen usw. auf den Staat zu übernehmen, da alle diese Priostanhalten finanziell schwer zu leiden haben und der Staat die Verpflichtung hat, für den Unterricht der dort untergeordneten Kinder zu sorgen.

Dem Schlusswort. Der Aufsichtsrat des Badenwerters hat den Ausbau der zweiten Kurzwertstufe und die Annahmemaße des Schuljahres beschlossen. Die Ausgaben für die Beuten allein stellen sich auf rund 1 Milliarde Mark. Das Konfessionen, das 300 Millionen Mark prozentige Obligationen des Badenwerters zur Zeichnung auflegte, hat von der ihm zu stehenden Option auf weitere 800 Millionen Mark zunächst 150 Millionen Mark abgerufen.

Kleine badische Chronik

Oberndorf, 6. April. Hochwasser. Die kalte Schneeschmelze läßt den Redar schmutzige, hochangesehene Wasser zu Laß mähen, während oberhalb des Schuttdammes das Redartal einen mächtigen See bildet. — Einen Segen bringt das Hochwasser für die Fluren: Die Mäuse haben massenhaft sterben müssen.

Ettenheim, 6. April. Erdbeben. Infolge der nassen Witterung hat eine 6 Meter hohe Mauer an dem Garten des Wehners Meier in der Pfarrgasse dem Druck der Erdmassen nicht mehr stand halten können. Die Mauer ist nunmehr eingestürzt und beschädigte dabei das Haus des Schuhmachers Wägelers sehr schwer. Das Haus war vorsichtshalber geräumt worden. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Schaden ist sehr groß.

Freiburg, 6. April. Raubmord. Am Dienstag nachmittag wurde eine Frau aus Gorden unweit der Wirtschaft zur Kyburg von einem jüngeren Menschen unter Vorhalten eines Revolvers zur Herausgabe ihrer Geldbörse mit 7000 M. und eines Leibesverletzt gezwungen. Der Täter konnte nicht gefast werden.

Radolfzell, 6. April. Verhaftungen. Unter dem Verdacht umfangreicher Schmuggel- und Schiebergeschäfte sind hier mehrere Personen verhaftet worden. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Gengenbach, 6. April. Wie uns mitgeteilt wird, findet der für die Zeit vom 10. bis 12. April geplante Geflügelzuchtfest auf dem Lehrgefällhof Einach, Station Gengenbach erst eine Woche später vom 19. bis 21. April statt. Für die Unterbringung und Verpflegung haben die Kursteilnehmer selbst Sorge zu tragen. Im Interesse der durch den Krieg sehr geschädigten Geflügelzucht wäre es gelegen, wenn die Geflügelzüchter sich zahlreich an dem Kurie beteiligen würden.

Badisch-Weinheim, 6. April. Tödtlicher Unfall. Auf der Baustraße der Firma Diederhoff u. Widmann ist der 10jährige Schüler Wolfgang Hoheneuer tödtlich verunglückt.

Den Bruder erschossen

Ruppelheim (Amt Kastatt), 6. April. Western abend zwischen 8 und 9 Uhr erschoss der leblos am Verordnungsamt in Kastatt tätige Erwin B. seinen etwa 30 Jahre alten Bruder Konstantin. Beide waren in Streit geraten, da Konstantin, ein schlecht beleumundeter, gewalttätiger Mensch, seine Mutter schwer

mishandelt hätte. Er hätte die Frau zu Boden geworfen und mit einem Revolver bedroht. Die Frau kam aber wieder auf und konnte fliehen. Konstantin wollte immer haben, daß ihm seine Mutter, eine Witwe, das Haus vermache. Der Bruder Erwin, der offenbar aus Rache gehandelt hat, hat den Konstantin mit seinem eigenen Revolver in die Brust geschossen, was dessen Tod herbeiführte. Der Mutter wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

Aus der Partei

Die ersten Uebertritte von der NSP. zur SPD.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben die beiden aus der NSP. ausgeschiedenen Berliner Stadträte Brühl und Schünning bei dem Berliner Bezirksvorstand der SPD. um Aufnahme in die Partei nachgesucht. Die Aufnahme Brühls, der auch Reichstagsabgeordneter ist, in die SPD. würde seinen Eintritt in die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Folge haben.

Ulftadt, 5. April. Letzten Sonntag, den 3. April, fand die diesjährige Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Genosse Ducht gab einen kurzen Geschäfts- und Kassendbericht. Der Kassendbericht kann als zufriedenstellend angesehen werden. Die Mitgliederversammlung ist schlußendlich hinsichtlich der jungen Parteigenossen. Die Wahl des Vorstandes ergab wenig Veränderung. Als erster Vorsitzender wurde Gen. Gregor Ducht, als 2. Ernst Heit, zum Kassier Josef Wed und zum Schriftführer Franz Kretzner gewählt. Bei Punkt Verschiedenes wurde die Parteifeier besprochen, die auch dieses Jahr festlich begangen werden soll. Nach der Generalversammlung hielt Genosse Stadtratsabgeordneter Rothweiler aus Karlsruhe einen 1 1/2 stündigen Vortrag über die neue Gemeindeordnung; in sachlichen und leichtverständlichen Worten besprach Genosse Rothweiler die wichtigsten Paragraphen des neuen Gesetzes; er erzielte für seinen Vortrag reichen Beifall.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 7. April

Geschichtskalender

7. April. 1772 \*Charles Fourier, sozialistischer Utopist, in Badenweiler. — 1847 \*Der bairische Schriftsteller Jens Peter Jacobsen in Ulftjed. — 1875 †Der Dichter Georg Herwegh in Badenweiler.

Karlsruher Parteinaufrichten

Bezirk Ruppurr — Jugendgruppe. Die Arbeiterjugend von Karlsruhe unternimmt am Sonntag mit einem Spaziergang nach Ruppurr, um die Ruppurrer Arbeiterjugend zu besuchen. Treffpunkt ist um 3 Uhr der Spielplatz im Walde bei der Gartenstadt, woselbst die Jugend dem munteren Spiel baldigen wird. Für die Ruppurrer Jugendgenossen besteht die Pflicht, sich pünktlich einzufinden, auch um das Erscheinen der älteren Genossen zu gebieten.

„Eine ernste Gefahr“

Der „Badische Beobachter“ beschäftigt sich in seiner Monatsnummer mit der finanziellen Lage unseeres Vaterlandes und zu schreiben, daß das Recht eines jeden Bürgers, weiß das Defizit von der Bekanntheit der Bürgerpflicht getragen werden muß. Der „Beobachter“ zieht aber in der Betrachtung dieses Gegenstandes Schlüsse, die von uns nicht unüberprüft bleiben dürfen, zumal dabei nicht mit offenen Karten gespielt wird.

Krankenküster sind im Zeichen der ungeheuren Teuerung und Geldentwertung fast ausnahmslos Defizitbetriebe, auch wenn an Stelle der männlichen Wärter Ordensschwester tätig sind. Ist es an sich schon eine tieftraurige Tatsache, daß diese Ordensschwestern gezwungen sind, ihre Kraft fast umsonst in den Dienst der religiösen Krankenanstalten zu stellen, so kann von der Anteilung derselben in städtischen Krankenhäusern gar nicht gesprochen werden, denn ein städt. Krankenhaus kann unmöglich zu einer rein religiösen Anstalt gemacht werden. Darüber dürfte man sich in Zentrumskreisen kaum sein. Der „Beobachter“ geht nun in seinen Betrachtungen dem Wirtschaftsentwurf an den Leib und gibt dem Personal und denjenigen, die glauben, schmerzlich an demselben festhalten zu müssen, den guten Rat, damit „abzuhauen“, um dem Wirtschaftsentwurf des städt. Krankenhauses zu verhindern. Um diesen „Abbau“ recht schmerzhaft zu machen, greift der „Beobachter“ zu dem Mittel der „Mittelständler“, indem er von einem 50 Millionenbesitzer spricht, welcher die 11 Krankenhäuser und das übrige Arbeiterpersonal seiner „unveräußerlichen Erbschaft der Revolution“, dem Achtundzwanzigsten, den Sündenbock abgeben muß. In dieselbe Kerbe haut so unglücklich wie nur irgend möglich der Verfasser der „amtlichen“ Entgegnung. Auch diesem Herrn ist der Achtundzwanzigste von jeher ein Dorn im Auge und er hat deshalb nur für seine „Not-Kreuz-Schmerzern“ etwas übrig, denen der „Badische Frauenverein“ von ihrem „Gehalt“ noch ganz bedeutende Abstriche zugunsten seiner Verwaltung macht, was nach letzterer die Stadt bedenklich noch vielfach mehr. Welleisen genötigen sich einmal die letzten den Kräfte des städt. Krankenhauses über das Defizit nach einer anderen Richtung hin den Kopf werfen. Der Gehaltsgruppe 12 und 13 eine Dienst-Villa für 100 000 M. bewohnt und außerdem eine ausgedehnte Privatpraxis ausübt und dazu auch noch die Einrichtungen dieses unrentablen städt. Krankenhauses benützt, der hat u. E. kein Recht, die Schuld an dem Defizit dem Achtundzwanzigsten und den Löhnen des Arbeitspersonals zugunsten. Selbstkenntnis wäre hier auch schon ein Weg zur Besserung. Und wenn das Haus nicht voll belegt ist, wie kann man sich dann gegen die Unterbringung der hochwürdigen Fürstengruppe für Tuberkulose im städt. Krankenhaus so energisch wehren? Warum spricht die „amtliche Stelle“ kein Wort von der ungeheuren Verteuerung der Kohlen, deren im Winter nicht weniger als 5-600 Tst. pro Tag gebraucht werden? Ferner haben doch die Lebensmittelpreise einen Preis erreicht, der nicht nur den Krankenküsten, sondern auch einem jeden städt. Krankenküster zu schreien macht. Wenn man also sparen will, dann fange man zunächst ganz oben an und man sehe ernst zu, die verfügbaren Räume nach größter Möglichkeit auszunutzen, man verbrenne sich aber die Finger nicht an dem Achtundzwanzigsten des Arbeitspersonals, das man derart reduzierte hat, daß keine Hand mehr zu entbehren ist, höchstens könnte einma. ausgeermet werden, um wieder Kranke ein Arzt und eine Krankenschwester kommen darf und ob das gesamt Personal aus 8 Stunden pro Tag im Dienste der Stadt besteht; ist es einfach unerhört, das Defizit lediglich den wenigen Arbeitskräften am Bein hängen zu wollen, wie es auch unmöglich ist, dasselbe auf die Kranken abzuwälzen zu können.

Die Unigam. Inzelt muß dieser Anhalt gegenüber ein Opfer bringen, und zwar aus Einkommensmitteln; der Achtundzwanzigste aber muß dem Personal erhalten bleiben.

Zu der Lebensfrage in der Karlsruher Volksschulen

auferte sich auch der Gesundheitsausschuß des Landtages kurz in seiner Sitzung am Mittwoch, als er den Staatsvoranschlag für

das badische Volksschulwesen beriet. Ein Mitglied der sozialdemokratischen Landtagsfraktion brachte die Mitteilung des „Volkstreu“ über die Vorgänge in Karlsruher Volksschulen zur Sprache und forderte die Entfernung des Hedmannschen Lehrbuches als Lehrgangsbuch. Die Regierung erklärte, diese Anordnung sei bereits getroffen. Die Karlsruher Lehrer und Lehrerinnen seien sämtlich davon unterrichtet und man könne deshalb nicht immer das Unterrichtsministerium für die zu unredt erfolgte Verwendung des Hedmannschen Lehrbuches verantwortlich machen. — Ein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter gab gleichfalls seiner Verwunderung Ausdruck, daß Lehrer und Lehrerinnen fast 4 Jahre nach der Revolution immer noch nicht wüßten, daß wir in einem republikanischen Staatswesen leben; Beschlüsse, die den Konraden aus früheren Jahren hielten, seien nun einmal als Unterrichtsmitel für die Kinder ungeeignet und untauglich. Eine solche Kenntnis der Zeitverhältnisse könnte man doch von Lehrern und Lehrerinnen verlangen. — Von rechtsfokender Seite wurde dazu bemerkt, man solle auf sozialdemokratischer Seite darüber nicht so empfindlich sein; der Großherzog Karl Friedrich, dem das Verbot Nr. 9 gewidmet ist, darf doch auch als geschichtliche Person werten gemertet werden.

Damit war die Aussprache erledigt; es ist zu erwarten, daß sich solche Fälle, wie die kritisierten, nicht wiederholen. Die Vorkommnisse werden hoffentlich aus den Erörterungen in der Presse und im Parlament die Lehre ziehen.

\* Sternschnuppen. In der Zeit vom 19. bis 23. April dieses Jahres werden wieder die mit dem Kometen 1881 zusammenhängenden Hydrometeore zu beobachten sein. Ihre Erscheinung wird diesmal wenig vom Mondlicht beeinträchtigt, da zu dieser Zeit der Mond im Abnehmen ist. Der Radiationspunkt, d. h. die Gegend, aus der die Meteore zu kommen scheinen, liegt in der Nähe des Sternbildes der Leier. Die Sternschnuppen werden am besten zwischen Mitternacht und Mondaufgang zu beobachten sein.

h. Sozialdem. Verein. — Bezirk Ulftadt. In der am Mittwoch abend stattgefundenen Bezirksversammlung im „Georg Friedrich“ sprach Gen. Architekt Siebrog über Wohnungs- und Mietangelegenheiten. Redner schilderte eingehend auf Grund seiner Fachkenntnisse die Lage der Hausbesitzer und Mieter seit Erbauung der Stadt Karlsruhe und ging dann auf die gegenwärtigen mißlichen Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswezens ein, stieß das Reichsrentengesetz und kam zum Schluß auf die Sozialisierung des Hausbesitzes zu sprechen. Die Ausführungen des Gen. Siebrog fanden bei den anwesenden Mietern nicht den gewünschten Anhang, was bei der jetzigen regen Diskussion einmütig zum Ausdruck kam. Nach dem der Vorsitzende Gen. Stolll noch verschiedene geschäftliche Mitteilungen machte, konnte die sehr anregend verlaufene Versammlung um 11 Uhr geschlossen werden.

— Arbeitsklub. Herr Direktor Mäcker von der Buchdruckerei des „Karlsruher Tagblatts“ konnte dieser Tage auf eine 20jährige Dienstzeit bei der vorerwähnten Firma zurückblicken. Der Jubilar, ausgezeichnet mit unermüdbarer Arbeitslust und reichem Gaben des Wissens, ist bei Firma und Mitarbeitern gleich hoch geachtet und geschätzt. Der Verlag des „Karlsruher Tagbl.“ hat die Verdienste des Jubilars durch eine kleine Feier, sowie durch sonstige Aufmerksamkeiten gewürdigt.

Volkshäuser Karlsruhe. Die Einzeichnung für das dritte Quartal 1921/22 (April-Juni) hat die erfreuliche, ganz unermessene Zunahme von 2200 Karten ergeben, jedoch die Volkshäuser nunmehr 10 700 Karten hat. Da aber die Vereinarbeitung mit dem Landesheiter nur 7 Vorstellungen jeder Reihe vor sich und diese bereits durch die Verdrängung des abgekauften Quartals vollständig ausverkauft waren, so ist die Leitung der Volkshäuser derzeit nicht in der Lage, die Neuanmeldungen Karten zu beliefern, da eine Steigerung der Vorstellungen der Intenbanz des Landesheiter große Schwierigkeiten bereitet. Doch ist begründete Aussicht, daß die von der Volkshäuser geführten Unternehmungen dazu führen werden, daß auch die Neuanmeldungen berücksichtigt werden können. Und zwar dadurch, daß Vorstellungen an Sonntagsnachmittagen stattfinden sollen. Die Entscheidung hierüber ist in nächster Zeit zu erwarten.

Landesheiter. Als Vorstellung der Volkshäuser (L) geht am Freitag, 7. April, im Kongresssaal die Komödie „Der kleine Kampf“ von Emil Rönnow zur Wiederaufführung. Die neue Aufführung des vor sieben Jahren hier zuerst aufgeführten Wertes verleiht die Damen Frauenbörser und Genies sowie die Herren Gemmede, Höder und Röhren im Besitz der Rollen. Neu dagegen sind die Damen Alwine Müller, Margarete Müller, Elie Noormann, Margarete Witz und die Herren Hans Müller, Ulrich von der Tenzl-Witz, Otto Henscher (in dem ersten die Spielleitung verleiht) und Hermann Brandt. In nächster Zeit werden folgende Rollen sein: Hedwig Herrmann, Martha Witz und Selma Fangel, sowie die Herren Benedikt, Alf und Regener beschäftigt.

Stadtkonzert. In dem nun wieder allmählich zu neuem Leben erwachenden Stadtpark wird der Einzug des Frühlings am kommenden Samstag, den 8. April, durch ein Konzert des Musikvereins Karlsruhe gefeiert werden. Das Konzert beginnt um 8 Uhr und endet um 9 1/2 Uhr. Neben dem Wertepost mit unterem Stadtpark gut, so werden wieder ein kommen der Sonntagabend Karneval zu diesem Feste beitragen. Wenn die unangenehme Witterung an diesem Tage ein Konzertausführung nicht zuläßt, findet das Konzert von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr in der Festhalle statt.

Stadtbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Ehrentafel. Fröb. Kull von Neufach, Kaufm. Kar. mit Emma Nozer von Neufach. Fröb. Kull von Neufach, Kaufm. Kar. Chemiker, Dr.-Ing. alld., mit Dermine Schönbach von Neufach. Geburten. Erka Katharina Vater Karl Kaufmann, Buchh. Elisabeth Anna, Vater Josef Schraff, Schlosser, Kar. Elisabeth, Vater Dago Eulz, Oberkassier, Kar. Maria, Vater Heinz, Franz, Bierbrauer, Anton Helmut, Vater Edwin Ducht, Bierführer. Elia Gertrud, Vater Franz, Vater monn, Bahnh. Franz Albert Josef, Vater Franz, Vater Wäldermeister. Gisela, Vater Walter Eid, Vater Maria Anna, Vater Vater Wilhelm Kern, Tagelöhner. Erna Ludwig Witz, Vater Ludwig Witz, Volkshausmeister. Traugott Lud. Witz, Vater Dr. Werner Witz, Dr. Arzt. Karl Max Emil Kull, Vater Johann Knack, Elektromonteur. Gertrud Dora, Vater Schmoll, Jementeur. Melli, Vater Samuel Geder, Vater Helmut, Vater Jakob Geder, Wäldermeister. Todesfälle. Barbara Gerner, alt 73 Jahre, Witwe von Fröb. Gerner, Schuhmachermeister. Franziska Effert, alt 84 Jahre, Witwe von Dr. Fröb. Effert, Kolz. Barbara Gerner, alt 82 Jahre, Witwe von Karl Eidenherz, Metzger. Josef, alt 1 Monat 8 Tage, Vater Martin Vater, Metzger. Beerdigungs- und Trauerbesuche erwachsener Verstorbener. Freitag den 7. April. 2 Uhr: Rosa Rohle, Wittwe von Witz, Karlsruh. 7 1/2 Uhr: Wiltraud Knack, Karlsruh. 20. 1/2 Uhr: Luise Hänse, Privat, Wittwe von

p. Selbstmord. Infolge familiärer Zwänge beging sich gestern mittag eine in der Händl. wohnhafte Arbeiterin...

Valuta-Bericht vom 6. April

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 1.65 Gls. Auszahlung Holland notierte etwa 117.50 M. per hfl. Auszahlung...

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. April

Wasserstand des Rheins

Gewerkschaftliches

An die Mitglieder des ADG, und der Afa Vadens! In Nummer 79 des Jahrganges 1922 der 'Noten Fahn'

Zur Lohnbewegung in der badischen Landwirtschaft

Aus dem Gedächtnis des Deutschen Landarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben: Um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Landwirtschaft Beschäftigten...

Letzte Nachrichten

Vom Bestand des deutschen Beamtenbundes

Berlin, 7. April. Die gestrige Debatte auf dem Bundestag des Deutschen Beamtenbundes...

ergriff, von lebhaftem Beifall begrüßt, der zweite Vorsitzende der Reichsgewerkschaft...

Reichswirtschaftsrat

Berlin, 6. April. Den Gesetzentwurf über Versicherungs- und Rentenbemessung in der Unfallversicherung...

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Redaktionen...

Bereinsanzeiger

W 3 zu 4 Seiten. W 4 zu 4 Seiten. W 5 zu 4 Seiten. W 6 zu 4 Seiten.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Saphir Tafel-Margarine wird von der Hausfrau Zieh-Margarine bevorzugt!

Selbsthilfe Ausführung von Reparaturen in Mauer-, Verputz-, Dachdecker-, Zimmer-, Steinhauer- und Plattenarbeiten.

Arbeiterhelfer, Reich ein gutes Bild, Postkarten 12 St. 4.70, 90.-, 120.-, 140.-, 220.-

Corned beef ca. 6 Pf.-Dose im Kaffeehaus 8.-

Bekanntmachung! Der Reichsverband deutscher Mineralbrunnen hat den weitergestiegenen Gestehungskosten...

Verein der Mineralwasser-Fabrikanten von Karlsruhe und Umgebung. Dünse Schwaben Wanzen, Kropf...

Ata Henkel's Scheuerpulver putzt reinigt Alles!

Frack neu, billig zu verkaufen. Beierheim, Schellenstr. 8, 2. St.

komplette Möbel-Einrichtungen

Raucher dank! Das höchste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen...

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Die Auszahlung der Dividende erfolgt am Samstag, den 8. April...

Hühnererei in Steinträgen zu 32 Stück 5.75, zu 4 St. 7.50

